

Berlin, 8. April 2024

Pressemitteilung Nr.: 2/2024

NBG-Veranstaltungsreihe

„Endlagersuche international“

Deutschland sucht ein Endlager für seine hoch radioaktiven Abfälle – ein gesellschaftliches Jahrhundertprojekt mit vielen Hürden und Herausforderungen. Aber wie sieht es in anderen Ländern aus? Wie gehen Japan und Finnland mit ihren atomaren Altlasten um? Welchen Entsorgungsweg schlagen die Schweiz oder die USA ein? Eine Online-Reihe des NBG will Fakten liefern, Antworten geben und den Blick weiten.

Alle Länder, die Kernkraftwerke betreiben, stellen sich irgendwann die Frage: Wohin mit den radioaktiven Abfällen, die entstanden sind? Die Menge dieser Altlasten ist von Land zu Land sehr unterschiedlich, auch der Umgang damit. Eine Gemeinsamkeit: Gesucht wird ein Endlager unter der Erde, in tiefen geologischen Schichten. Und: Es wird viel geplant, diskutiert, aber noch hat keine Nation ein solches Endlager fertiggestellt und in Betrieb genommen.

Wie weit sind andere Länder?

Deutschland hat gleich drei Gesteinsarten zur Auswahl und musste jüngst seinen Zeitplan nachjustieren. Eine Standortentscheidung wird nicht wie vorgesehen 2031 gefällt, sondern frühestens 2046 – weitere Verzögerungen um Jahrzehnte nicht ausgeschlossen. Bei den Schweizer Eidgenossen gibt es bereits einen Vorschlag, wo das Tiefenlager hinkommen könnte. Am weitesten ist man in Finnland, wo man auf der Insel Olkiluoto in ein paar Jahren mit der Einlagerung der atomaren Abfälle beginnen will.

Unterschiedliche Traditionen, politische Backgrounds und gesellschaftliche Fundamente – wie beeinflussen sie den Weg hin zu einem Endlager? Welche Rolle spielt Sicherheit in einem hochtechnisierten, aber auch von Erdbeben erschütterten Land wie Japan? Wie gehen so unterschiedliche Nationen wie die USA oder die Niederlande mit der Beteiligung der Öffentlichkeit in diesem Prozess um?

Blick über den Tellerrand

Das NBG möchte diese Fragen zu den einzelnen Ländern mit Fachleuten unterschiedlichster Couleur – von der Geologin bis zum Politikwissenschaftler - zusammen mit der Öffentlichkeit diskutieren. Das Ziel: Über den nationalen Tellerrand blicken, ein Gespür für die geologischen und politischen Besonderheiten jeder Endlagersuche bekommen und vielleicht von den Anderen lernen, wie man das eigene Verfahren besser machen kann.

Die Veranstaltungen finden online per WebEx-Videokonferenz statt. Zudem besteht die Möglichkeit, die Diskussionen im Livestream auf dem [YouTube-Kanal des NBG](#) zu verfolgen.

Los geht es am 22. April 2024 mit der Auftaktfolge „[Endlagersuche international – Finnland im Fokus](#)“.

Und am 3. Juni 2024 wird die Reihe fortgesetzt mit einer [Nahaufnahme der Endlagersuche in der Schweiz](#).

Mehr Infos zu unserer Reihe und den einzelnen Folgen gibt es in unserem [Dossier](#).

Pressekontakt

Geschäftsstelle Nationales Begleitgremium
Buchholzweg 8
13627 Berlin

Tel.: 030 8903 5655

presse@nationales-begleitgremium.de

Über das NBG

Das Nationale Begleitgremium (NBG) ist ein unabhängiges, pluralistisch zusammengesetztes gesellschaftliches Gremium, das im Dezember 2016 ins Leben gerufen wurde. Sein Auftrag ist es, die Suche nach dem Standort mit der bestmöglichen Sicherheit zur Lagerung der hoch radioaktiven Abfälle vermittelnd, kritisch und unabhängig zu begleiten, insbesondere die Öffentlichkeitsbeteiligung. Ziel ist es, so Vertrauen in die Verfahrensdurchführung zu ermöglichen. Dies ist in § 8 Abs. 1 des Standortauswahlgesetzes (StandAG) festgeschrieben.

Neben anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die von Bundestag und Bundesrat berufen werden, sind auch interessierte Bürger*innen Teil des Gremiums. Diese werden in einem vom Bundesumweltministerium initiierten Beteiligungsverfahren ermittelt.

Das NBG kann sich unabhängig und wissenschaftlich mit sämtlichen Fragestellungen zum Standortauswahlverfahren befassen, die zuständigen Institutionen jederzeit befragen und Stellungnahmen abgeben.

Zu den anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gehören

- **Prof. Dr. Miranda Schreurs**, Ko-Vorsitzende, Professorin für Umwelt und Klimapolitik, Hochschule für Politik an der TU München, ehemaliges Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen
- **Prof. Dr. Armin Grunwald**, Ko-Vorsitzender, Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, ehemaliges Mitglied der Endlagerkommission
- **Dr. Günther Beckstein**, Ministerpräsident a.D. Freistaat Bayern
- **Klaus Brunsmeier**, ehemaliger stellv. Bundesvorsitzender Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), ehemaliges Mitglied der Endlagerkommission
- **Dr. Dr. h.c. Markus Dröge**, ehemaliger Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg – schlesische Oberlausitz, Vorstandssprecher der Stiftung Zukunft Berlin
- **Jo Leinen**, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments
- **Dr. habil. Monika C. M. Müller**, Studienleiterin für Naturwissenschaften, Ökologie und Umweltpolitik der Evangelischen Akademie Loccum
- **Prof. Dr. Maria-Theresia Schafmeister**, Geologin, Lehrstuhl für Angewandte Geologie/Hydrogeologie an der Universität Greifswald
- **Prof. Dr. Magdalena Scheck-Wenderoth**, Geologin, Direktorin des Departments 4 Geosysteme am Helmholtz-Zentrum Potsdam – Deutsches GeoForschungsZentrum

Als Bürgervertreter*innen benannt sind

- **Silke Brenner**, IT-Lizenzmanagerin, Kiel
- **Marion Durst**, Diplompädagogin für Physik, Astronomie und Mathematik & Mediatorin, Jena/Thüringen
- **Christoph Komoß**, Raumausstattermeister, Bremen
- **Jürgen Ruffer**, Vermessungsingenieur, Hannover/Niedersachsen
- **Arno Sittig**, Student der Soziologie, Chemnitz/Sachsen
- **Dr. Manfred Suddendorf**, Selbstständiger Unternehmensberater und Dozent, Landkreis Nordwestmecklenburg